Bezugspreis für Dezember durch die Post bezogen 2,00 Mk. ausschl. Bestellgeld, in der Stadt Münster 2,00 Mk.
Beilagen: „Am Weg der Zeit" (für das Geistesleben der Gegenwart) „Der Erzähler" „Der Frauen Welt und Heim" „Jugendland" „Der Wanderer" (für Reise, Bäder und Verkehr) „Stamm und Scholle" (aus Leben und Geschichte der Heimat) „Technik und Erfindung", „Der Münsterländer" (für Feld Garten und Haus).
Sonder-Ausgaben: Steinfurter Anzeiger Warendorfer Anzeiger Westmünsterländer Anzeiger Borken-Bocholter Anzeiger (nur für die Bezieher der jeweiligen Kreise wochentäglich).
Redaktion und Verlag Gallitzinstraße 13, Ecke Hamburger Straße — Fernsprecher Nr 2448 2449 und 2450.
Geschäftsstelle: Münster, Prinzipalmarkt 13/14 Fernspr. Nr. 78. — Rheine Emsstraße 34 a. Fernspr. 670.
Berliner Redaktion: Paul Fr. Hüsgen Berlin SW 48. Hedemannstraße 25 Fernsprecher Hasenheide 883.

Münsterischer Anzeiger

und Münsterische Volkszeitung

Preis 10 Pfg. im Einzelverkauf.
Anzeigen: Die mm Höhe 25 mm breit kostet für Anzeigen von Auftraggebern außerhalb des Reg. Bezirks Münster (außer für alle amtlichen Anzeigen) Sammel-Markenartikel und Vergnügungsanzeigen 15 Pfg. für sonstige Anzeigen aus dem Reg. Bez. Münster 11 Pfg. aus der Stadt Münster 8 Pfg. Familienanzeigen 8 Pfg. bei Vorzahlung 7 Pfg. kleine Anzeigen des privaten Verkehrs aus Münster bei Vorzahlg. 6 Pfg.
Reklamen: Die mm 90 Pfg. (Spaltenbreite 90 mm).
Für Erfüllung von Platzvorschriften sowie Aufnahme an bestimmten Tagen und in bestimmter Größe wird keine Gewähr sowie für Druck- und Schönheitsfehler keine Haftung übernommen. Etwaiger Rabatt fällt als Kassenrabatt und kann verweigert werden wenn Zahlung nicht binnen 4 Wochen nach Erhalt der Rechnung erfolgt.
Beilagen: Gebührende Berechnung nach Gewicht.
Postscheck-Konto Köln 42 114. Erfüllungsort Münster i. W.

Erstes Blatt — Donnerstag, den 8. Dezember 1927 — 76. Jahrgang. Nr. 1263

Erklärungen Dr. Köhlers zur Besoldungsreform.

Die finanzielle Auswirkung.

vdz **Berlin**, 7. Dez. **(Tel.)** Der Haushaltsausschuß des Reichstages setzte die zweite Beratung der Besoldungsvorlage fort. Vor Eintritt in die Tagesordnung wies Abg. Dr. Quaatz (DN) namens seiner Fraktion darauf hin, daß die Regierungsparteien bisher gegenüber dem entschiedenen Widerspruch der Finanzverwaltung des Reiches und Preußen berechtigte Wünsche zurückgestellt hätten. Andere wichtige Fragen ständen noch aus. Schließlich ersuchte er den Reichsfinanzminister, nunmehr persönlich die Verantwortung in dieser Frage zu übernehmen. Reichsfinanzminister Dr. Köhler, der inzwischen erschienen war, erklärte, die Reichsregierung sei in ihrer Gesamtheit der Auffassung, daß sie grundsätzlich an der Regierungsvorlage festgehalten müsse. Das schließe aber nicht aus, daß sie einzelnen Abänderungsanträgen durchaus sympathisch gegenüberstehe, aber unter der festen und absoluten Voraussetzung, daß durch die Abänderungen die gesamte finanzielle Auswirkung unter keinen Umständen höher ist, als die Gesamtsumme, die der Vorlage zugrunde liegt. Wir haben nicht allein vom Reichsfinanzbedarf auszugehen, sondern auch Rücksicht zu nehmen auf Post- und Eisenbahnverwaltung, und hier liege absolut bindende Festlegungen vor, daß über die Vorlage in Banzen nicht hinausgegangen wird. Dieselbe Rücksicht müssen wir auf die Länder und Gemeinden nehmen. Den Änderungen, die in ihrer finanziellen Auswirkung über den Gesamtaufwand hinausgehen, können wir nicht zustimmen. Wir bitten deshalb, alle Anträge dahin zu prüfen, welche finanzielle Auswirkungen sie auf andere Gruppen haben können. Solange der Nachweis für Innehaltung des Gesamtaufwandes nicht erbracht ist, müssen wir an unserem ablehnenden Standpunkt festhalten. Die Regierung müsse jetzt den Mut haben, zu sagen, daß sie es nicht verantworten könne, über den Gesamtbetrag hinauszugehen. Er bitte deshalb um baldige Verabschiedung der Vorlage zusammen mit der Reichsregierung.

Abg. Quaatz (DN) weist darauf hin, daß eine Schlechterstellung der Reichsbeamten gegenüber den preußischen Beamten unmöglich sei.

Reichsfinanzminister Dr. Köhler teilt mit, daß die Auswirkung des Antrags auf Verbesserung des Besoldungsdienstalters für Reich, Post und Bahn 10,8 Millionen betrüge. Für Hebung der Assistenten aller Art ohne Rückwirkung 5,5 Millionen Mark, für Hebung der Betriebsassistenten 6,8 Millionen, und für Kinderzulagen entsprechend den Beschlüssen 12,8 Millionen. Von diesen 35,9 Millionen kämen auf die Post 11,9, auf die Bahn 21,5 und auf das Reich 3,4 Millionen. Die Frage der Ministerialzulage müsse in Preußen und im Reich gleich gelöst werden. Die Frage der Aufwandsentschädigung ist eine reine Etatsfrage und würde in der Etatsberatung zu lösen sein. Reichsfinanzminister Dr. Kößler erklärte dann noch, daß, wenn die Vorlage nicht bis zum 14. Dezember verabschiedet sei, es ganz unmöglich sei, den Beamten die Erhöhungen noch zu Weihnachten zu gewähren, daß es dann aber auch kaum noch möglich sei, zum 1. Januar über die Vorschüsse hinauszugehen.

In der weiteren Debatte, die sich hauptsächlich mit den Pensionären befaßte, erklärte Reichsfinanzminister Dr. Köhler: Die Erhöhung eines Zuschlags von 8 Prozent für die Altpensionäre, der in der Regierungsvorlage nur 5 Prozent betrug, auf 10 Prozent, würde rund 1 Million RM. mehr betragen. Er bitte, diese Frage gründlich zu prüfen, da die tragbare Grenze erreicht sei. Die Abstimmungen wurden auf Donnerstag vertagt.

Erneutes Scheitern der Verhandlungen in der Großeisenindustrie.

w **Essen**, 7. Dez. **(Tel.)** **Heute vormittag 9 Uhr begannen die weiteren Verhandlungen zwischen der Großeisenindustrie und den 3 Gewerkschaften. Da die Gewerkschaften eine einheitliche Front nicht aufstellten und jede einzelne bei ihrer bisherigen Forderung verblieb, andererseits die Arbeitgeber von ihrem Standpunkt nicht abweichen zu können glaubten, sind die Verhandlungen ergebnislos abgebrochen worden. Es werden nunmehr neue Verhandlungen vor dem Schlichter, Oberlandesgerichtsrat Jötten, stattfinden.**

Stillegungsverhandlungen.

w **Hamm**, 7. Dez. **(Tel.)** Auf die Anzeige der Betriebsstillegung zum 31. 12. haben die Metallarbeiterverbände in Hamm von der Regierung in Arnsberg die Nachricht erhalten, daß die Westfälische Drahtindustrie und die Vereinigten Stahlwerke, Abt. Westf. Union, Hamm, am Freitag, dem 9. cr., Stillegungsverhandlungen angesagt haben. Die beiden Werke haben sich der Großeisenindustrie angeschlossen. Ein Schlichtungsverfahren hat noch nicht stattgefunden.

Drei Zechen des Adlerkonzerns.

Essen, 6. Dez. Die Belegschaften der Zechen Zentrum Schacht 4 und 6, Johann Deimelsberg und Adler haben gestern die Vorschläge der Verwaltung des Adler-Konzerns, die Arbeitszeit auf neun Stunden zu verlängern und eine Lohnkürzung stattfinden zu lassen, einstimmig abgelehnt. Welche Entscheidung die Verwaltung nun treffen wird, ist noch nicht bekannt. Sie erklärt, daß sie bisher 840 000 Mark Zubuße gezahlt habe. Wenn die verlängerte Arbeitszeit eingeführt würde, könnten 200 bis 250 Mann entlassen werden. Durch die daraus sich ergebende Lohnersparnis würde es möglich sein, die Zechen ohne Verlust weiterzubetreiben. Die Arbeitnehmer verweisen darauf, daß die Förderung im ersten Vierteljahr 1927 um 36 Prozent gestiegen sei. Sie haben sich, wie in der Belegschaftsversammlung erklärt wurde, an den Vertreter des amerikanischen Leihkapitals im Aufsichtsrat gewandt mit der Frage, wie er zu einer Stillegung sich stelle. Dieser erklärte, wenn der Adler-Konzern stillege, würden sich andere finden, die den Betrieb weiter führten. Das amerikanische Geld sei entsprechend sichergestellt.

Die Senkung der Lohnsteuer.

Zu den Vorgängen im Steuerausschuß, die infolge der vereinigten sozialdemokratischen und kommunistischen Obstruktion dazu führten, daß die Vertreter dieser beiden Parteien die Sitzung verließen, wird uns aus der Reichstagsfraktion des Zentrums geschrieben:

Die Reichsregierung hat sich in ihrer Kabinettssitzung vom Montag entschlossen, eine Vorlage zur Ausführung des Lohnsteuerbegrenzungsgesetzes vom Jahre 1925 dem Reichsrat zu unterbreiten. Sie hat es vorgezogen, diesen Weg zu gehen, statt auf Grund eines Initiativantrages im Reichstag dasselbe Ziel zu erreichen, um den Länderregierungen Gelegenheit zu einer vorhergehenden Stellungnahme zu geben.

Am Dienstag wurde dieser Beschluß der Reichsregierung gelegentlich der Beratung der Anträge der sozialdemokratischen Partei im Steuerausschuß bekanntgegeben. Die Reichsregierung erklärte, daß sie nicht in der Lage sei, angesichts der Vertraulichkeit der Vorlage schon jetzt öffentlich Mitteilung über ihren Inhalt zu machen. Diese Darlegungen der Reichsregierung stießen auf heftigen Widerspruch der Linken, die eine sofortige Mitteilung über den Inhalt der Vorlage der Reichsregierung verlangte. Da diese aus den oben angegebenen Gründen verweigert wurde, beantragte die Opposition die Vorladung des Herrn Reichsfinanzministers. Der Ausschuß beschloß mit Mehrheit, diesen Wunsch abzulehnen und in die Beratung des Kraftfahrzeugsteuergesetzes, das am 31. Dezember 1927 abläuft, einzutreten. Die Sozialdemokraten und Kommunisten verließen darauf den Saal. Der Ausschuß vertagte sich zur Beratung der Kraftfahrzeugsteuer auf Mittwoch.

Von Seiten kommunistischer Abgeordneten wurde vor allem der Zentrumspartei vorgeworfen, daß sie nicht zur Ausführung des Lohnsteuerbegrenzungsgesetzes stehe, während der Abgeordnete Dr. Brüning bereits vorher eindeutig erklärt hatte, daß wichtige Gründe dafür sprächen, den vorgeschlagenen Weg der Reichsregierung zu gehen, und zunächst den Reichsrat zur Vorlage der Reichsregierung Stellung nehmen zu lassen. Die Vorlage soll dann als Grundlage zur Diskussion im Reichstage und im Steuerausschuß dienen. Die kommunistischen Abgeordneten bemühten sich aus dieser Erklärung ein Aufgeben des Lohnsteuerbegrenzungsgesetzes zu konstruieren, was angesichts der Tatsache daß die Reichsregierung selbst beabsichtigt, dieses Gesetz auszuführen, sich als ein ziemlich dürftiger Versuch erwies.

Im handelspolitischen Ausschuß des Reichstages wurde der deutsch-jugoslawische Handelsvertrag angenommen mit der Ergänzung, daß die erhöhten Zollsätze für Industrie-Mais erst am 1. März 1928 in Kraft treten.

Die Neuregelung des Studentenrechts vor dem Landtage.

pd **Berlin**, 7. Dez. **(Tel.)**

Zu Beginn der heutigen Landtagssitzung wurde ein Antrag des Linkskommunisten Bartel-Kreseld, sofort die Anträge zu beraten, die gegen die von der Eisengroßindustrie angekündigte Stillegung protestieren, abgelehnt.

Das Haus trat darauf in die Besprechung der deutschnationalen Interpellation über

die Neuregelung des Studentenrechts

ein, in der die Zurückziehung der Verordnung des Kultusministers gefordert wird.

Abg. **Oelze** (DN.) begründet unter großer Unruhe die Interpellation und kritisierte, daß bereits vorgestern in einem Berliner Abendblatt Teile der Antwort des Ministers gestanden hätten, die noch gar nicht abgegeben sei. Die Lage des Ministers habe sich dadurch nicht gebessert. Der Abgeordnete erklärt weiter, der Minister könne die seelische Struktur des akademischen Lebens nicht beurteilen. Dem Minister müsse bekannt sein, daß in der Schlammflut des Materialismus in der Revolutionszeit der Idealismus der Studentenschaft die rettende Insel gewesen sei. (Gelächter und lebhafte Unruhe links). Die Studenten strebten noch heute nach Volksgemeinschaft. Durch die neuen Bestimmungen über die Aufnahme von Ausländern werde fremdem Volkstum in den preußischen Hochschulen Tür und Tor geöffnet. Tatsächlich werde die großdeutsche Organisation der Deutschen Studentenschaft zerschlagen. Die Gründe des Ministers dafür liegen in parteipolitischer Nachgiebigkeit gegenüber dem Willen der Koalitionsparteien. Die Abstimmung habe bewiesen, daß die Auffassung des Ministers unrichtig sei, daß eine völkische Minderheit die Studentenschaft terrorisiert. Der Minister müsse aus der Abstimmung umlernen. Redner erwartet, daß der Minister einlenke und seine Verordnung zurückziehen werde.

Die Ausführungen des Redners wurden wiederholt durch großen Lärm der Kommunisten unterbrochen.

Darauf nimmt

Kultusminister Dr. Becker

das Wort. Er erklärt, die Staatsregierung beantworte die Frage, ob es die Verordnung über die Neuregelung des Studentenrechts an den preußischen Hochschulen wieder zurückziehen wolle, mit einem klaren Nein. Diese Verordnung führe nur einen Beschluß des Landtages durch und habe außerdem vor ihrem Inkrafttreten die verfassungsmäßige Zustimmung des Staatsrates gefunden. Auf den zweiten Teil der deutschnationalen Interpellation sei zu erwidern, daß die Staatsregierung selbstverständlich die möglichen Folgen der Verordnung vorher bedacht habe, und sie übernehme jede Verantwortung dafür. Die Frage, ob die Aufhebung der studentischen Selbstverwaltung den Absichten der Regierung entspreche, sei falsch gestellt. Die Regierung hätte nicht nötig gehabt, eine neue Verordnung zu erlassen, wenn sie die studentische Selbstverwaltung hätte aufgeben wollen; sie hätte das Studentenrecht einfach aufheben können, wofür sie im Landtag und Staatsrat bei der allgemeinen Unzufriedenheit mit der Haltung der Studentenschaft eine glatte Mehrheit gefunden hätte. Die Staatsregierung hätte aber die Selbstverwaltung gerne erhalten, weil sie nach wie vor auf dem Standpunkt steht, daß die studentische Selbstverwaltung von hohem pädagogischem Wert für die charakterliche Erziehung unserer akademischen Jugend sein kann, allerdings nicht sein muß. Sie könne nämlich auch eine eminente Gefahr für die Erziehung unserer Jugend bedeuten, und keine verantwortliche Behörde könne so ruhig mit ansehen, wenn eine zum Besten der Jugend geschaffene Einrichtung durch unklare Formulierung ihres Statuts oder durch unvorhergesehene unverantwortliche Einflüsse von außen geradezu in ihr Gegenteil verkehrt wird. Die studentische Selbstverwaltung sollte eine rein pädagogische Einrichtung sein. Der Minister betont, daß sie durch Mißbrauch und durch Umdeutung ihrer Satzungen zu einem politischen Machtinstrument geworden sei. Die Selbstverwaltung sei gedacht gewesen als eine Quelle der Versöhnung und der Versachlichung; erst durch Hineintragen der Politik sei sie zur Quelle des Streites und der Unsachlichkeit geworden. Es sei deshalb eine selbstverständliche Pflicht der Staatsregierung gewesen, Garantien dafür zu schaffen, daß die Selbstverwaltung der Studentenschaft die ihr von Anfang an gesetzte Zweckbestimmung auch wirklich erfüllte. Bei der Neuordnung sei ausdrücklich eine erneute Befragung der Studentenschaft erfolgt. Die Studentenschaften hätten sie aber abgelehnt und damit freiwillig auf ein ihnen vom Staate angebotenes Recht der Mitbestimmung verzichtet. Sie würden wieder Objekte der Verwaltung und der Erziehung wie die Schüler anderer höherer Bildungsanstalten auch. Es sei zu fragen, ob die akademische Freiheit und der großdeutsche Gedanke durch die neue Verordnung bedroht gewesen seien. Neu in der Verordnung sei nur die Verstärkung der Kontrollmaßnahmen in der Vermögensverwaltung gewesen. Es mußten aber, wie die Ereignisse mit erschreckender Deutlichkeit bewiesen hätten, hier wie bei der Verwaltung aller öffentlichen Gelder Sicherheiten gegen Mißbrauch und Veruntreuung geschaffen werden. Der Minister erklärt, er wolle dies traurige Kapitel deutscher Studentengeschichte nicht allzu breit behandeln, es genüge wohl die eine Angabe, daß nicht weniger als 18 schwere Fälle zur Verurteilung kämen. Von einer Bedrohung des großdeutschen Gedankens könne keine Rede sein; die Regierung stehe nach wie vor auf dem Boden des großdeutschen Gedankens. Die sogenannte Deutsche Studentenschaft sei aber gar nicht großdeutsch, sondern großvölkisch. Es habe wohl kaum je eine groteskere Irreführung der öffentlichen Meinung gegeben, wie in diesem Kampfe um das Studentenrecht. Überhaupt habe die ganze Koalitionsfrage von jeher für die Regierung an zweiter Stelle gestanden. Privatrechtlich könnten sich antisemitische Ariervereine zusammenschließen, wie sie wollen. Die preußischen Einzelstudentenschaften seien aber keine privaten Vereine gewesen, sondern auf ihren Antrag und mit ihrem Willen Organe öffentlich-rechtlicher Körperschaften, und ihre Vertreter hätten im Namen der gesamten Studentenschaft gesprochen und Zwangsbeiträge erhoben, die staatliche Stellen für sie eintrieben. Die Verfassung scheide nicht zwischen Ariern und Nichtariern, sie kenne nur Deutsche. Die Regierung habe jedenfalls durch alle Kabinette, auch unter der Ministerschaft eines volksparteilichen Kultusministers, unentwegt an dem staatsrechtlich allein möglichen Standpunkt festgehalten, der jetzt in der Formulierung der neuen Staatsministerial-Verordnung klar und unzweideutig zum Ausdruck komme. Die Koalitionsfrage sei nur dadurch so bedeutungsvoll geworden, daß die privatrechtliche Spitzenorganisation den öffentlich rechtlichen Unterorganisationen Direktiven gab. Der Landtag habe deshalb mit Recht verlangt, daß eine Koalition nur mit solchen Studentenschaften statthaft sein sollte, die in gleicher Weise zusammengesetzt wären, wie die preußischen. Das Staatsministerium konnte nicht dulden, daß die preußischen Studentenschaften einer Vereinigung angehörten, von der die österreichischen Minderheiten, nur weil sie sich nicht zum Antisemitismus bekannten, ausgeschlossen sein sollten. Der Minister betont, es sei ihm unerfindlich, wie daraus eine Einmischung in außerpreußische Studentenschaften abgeleitet werden könnte.

Der Minister äußerte sich dann zu der inzwischen erfolgten Entscheidung der preußischen Studentenschaften. Daß mit Ausnahme der Braunsberger Akademie sämtliche Studentenschaften auf die Fortsetzung ihrer Selbstverwaltung verzichtet hätten, sei nur möglich gewesen, weil eine gewissenlose Agitation die Studentenschaften glauben machte, sie müßten dem großdeutschen Gedanken selbst das Opfer ihrer akademischen Selbstverwaltung bringen. Erfreulich sei, daß der großdeutsche Gedanke so fest in der deutschen akademischen Jugend wurzele, daß sie ihm Opfer bringen. Es sei aber bedauerlich, daß unsere Jugend offenbar kritiklos jeder Demagogie unterliege, wenn sie nur mit populären Schlagworten zu arbeiten versteht. Die lokale Selbstverwaltung hätte aber noch nicht wegen des großvölkischen Gedankens abgelehnt zu werden brauchen; denn der Deutsche Hochschulring war immer großvölkisch und er werde das auch in Zukunft sein. Der Hochschulring hätte auch bei Annahme des Studienrechts ohne Einwirkungsmöglichkeit des Staates die großvölkische Idee weiter pflegen können; nur die in erster Linie für die lokale Selbstverwaltung bestimmten amtlichen Vertretungen der Einzelstudentenschaft hätten sich aus Gründen absoluter politischer Neutralität nicht daran beteiligen dürfen. An der pädagogischen Erziehungsarbeit der Einzelstudentenschaft habe aber den politischen Drahtziehern nichts gelegen. Sie hätten eine politische Demonstration gewollt. Nicht das Wohl der Studentenschaft, sondern der politische Machtkampf habe die Parolen diktiert. Nichts beweise besser als der Ausgang der letzten Wahl, wie politisch abhängig die deutsche Studentenschaft ist und wie nötig die neue Staatsministerial-Verordnung war. Was jetzt übrig bleibe, sei reine Politik. Gewiß habe diese ihr Recht, aber sie sei wenigstens jetzt unverhüllte Politik und könne nicht mehr im Gewande objektiver oder gar pädagogisch gemeinter Selbstverwaltung die Öffentlichkeit irreführen. Die Stellung der Deutschen Studentenschaft zur Politik und zum Staat sei ein ernstes Kapitel. Der Minister erklärt, er bitte dringend, aus der Tatsache, daß jetzt die Studentenschaft gegen die Staatsnotwendigkeiten entschieden habe, nicht den Schluß zu ziehen, als ob die Studentenschaft eine geschlossene reaktionäre Masse darstelle. Diese Stellungnahme beweise einer des Ministers, Überzeugung, auch nicht das Geringste in bezug auf republikanische oder monarchistische Gesinnung unserer aktiven Studentenschaft. Das Unverantwortliche in der Haltung der politischen Drahtzieher liege eben darin, daß sie sich nicht gescheut hätten, die akademische Jugend der Gefahr einer so falschen Beurteilung auszusetzen. Man dürfe diese Haltung aber weder bei den Professoren noch bei den Studenten als staats- oder republikfeindlich ansehen. Es sei nun einmal ein Gesetz jeder Jugend, Männerstolz vor Königsthronen und Ministersesseln zu beweisen. Diese Haltung liege im wesentlichen des Akademischen. Diese Geisteslage hätten nun die politischen Brunnenvergifter ausgenutzt. Man müsse fragen, wer nun eigentlich die politischen Drahtzieher seien. Der Minister erklärt, die politischen Drahtzieher säßen leider zum Teil in den Spitzenorganisationen der großen studentischen Korporations-Verbände, die beherrscht werden nicht von Studenten, sondern von Altakademikern. Hier sitze allerdings viel Ressentiment gegen den neuen Staat; hier sitze zum Teil in Deutschland die Reaktion, nicht auf den Universitäten, und nicht bei den Professoren, sondern bei vielen Altakademikern draußen im Lande. Man müsse wissen, daß die meisten großen Verbände ausgesprochen oder unausgesprochen das antisemitische Prinzip haben. Diese Sachlage hätten die österreichischen Ariergruppen mit Erfolg ausgenutzt. Dort sei der Antisemitismus derart fanatisch, daß bei Verhandlungen die arischen Studentengruppen Österreichs es geradezu für ihre Mission erklärt hätten, Deutschland zum Antisemitismus aufzumuntern. Die Unterstützung dieser fanatischen Ariergruppen hielten nun viele unserer akademischen Spitzenverbände für wahrhaft großdeutsche Politik. Außerhalb der Hochschulen stehende Kreise hätten die Parole ausgegeben und mit geradezu terroristischen Mitteln die aktiven Studenten ihrer Korporationen derzulegen oder aus dem Korps auszuscheiden; dieser Vorsitzende einer Studentenschaft, in der die akademische Selbstverwaltung besonders populär war, und große Erfolge aufzuweisen hatte, von seinem Korps direkt gezwungen, entweder den Vorsitz niederzulegen oder aus dem Korps auszuscheiden; dieser Vorsitzende sei so charakterfest gewesen, aus dem Korps auszuscheiden. Man dürfe nicht vergessen, daß in diesen akademischen Berufszweigen die berufliche Zukunft ganz abhänge von den Beziehungen zu Altherrenschaften.

Der Minister erörtert dann die Frage, wie die Professoren sich zu dem Streit eingestellt haben. Die Professoren seien zum größten Teil von Anfang an gegen das Studentenrecht gewesen, weil sie in der amtlichen Eigenschaft der Studenten-Vertretungen eine Erschwerung ihrer Disposition erblickten und weil sie auch rein sachlich sich von der Parlamentsspielerei der studentischen Kammern nicht allzuviel versprachen. Da die Korporationen durch außerakademische Willensbildung regiert würden, sei eine wirklich akademische Selbstverwaltung, die ihr Gesetz aus der Aufgabe und aus der Leitung nimmt, zurzeit unmöglich. Der Minister betont, daß er deshalb den Ausgang der Abstimmung begrüße. Der schöne Traum der Kriegsteilnehmer-Generation sei ausgeträumt. Die studentische Selbstverwaltung habe aufgehört, und was bleibe, sei Studentenpolitik, als ein Teil der allgemeinen Politik. Amtliche garantierte Mittel und staatliche Räume würden für diese politischen Zwecke natürlich nicht zur Verfügung gestellt. Was mit dem künftigen Sozialbeitrag für soziale oder sportliche Zwecke geschaffen werde, sei eine caritative oder pädagogische Angelegenheit der staatlichen Aufsicht und werde mit Wahlen und Politik nichts mehr zu tun haben.

Die Beratung dauert fort.

Die heutige Ausgabe umfaßt 16 Seiten.

Des Feiertages wegen erscheint die nächste Ausgabe des „Münsterischen Anzeigers" am Freitag vormittag.

Indien im Empire.

Mit der Ernennung der Indien-Kommission durch das Kabinett Baldwin, beginnt England, eine Aufgabe in Angriff zu nehmen, die die nächsten zwei Jahre einen Hauptteil aller politischen Aufmerksamkeit im Mutterlande wie in allen, von farbigen Untertanen des Reiches bewohnten Gebieten, auf sich ziehen wird. Ja, man kann wohl sagen, von dem Umfang und der Art, wie diese Aufgabe gelöst wird, hängt mehr von England ab, als von der Stellung, die die Dominions heute dem Mutterlande gegenüber einnehmen.

Den Weg nach Indien zu sichern und offenzuhalten, widmet England traditionell seine besten Köpfe und Kräfte. Und doch liegt in dieser Zugehörigkeit Indiens zum Empire eines der heikelsten Probleme. Denn im Indischen Ozean steht England mit einem Bein auf der Seite der weißen angelsächsischen Rasse, muß mit aller Sorgfalt darauf achten, daß Australien und Neuseeland vor der immer höher brandenden Flut der farbigen Völker als „the white men's land" erhalten bleibt, mit dem anderen Bein steht es mitten in der farbigen Welt und soll ihr zu den unentbehrlichen Lebensnotwendigkeiten, und dazu gehört dereinst die Zuweisung von Raum für die überquellenden Volksmassen, verhelfen. Es soll Mittel und Wege finden, das Riesenreich von rund 318 Millionen Menschen aller Religionen, Rassen und Völker, auf irgend eine Weise beim Mutterland zu halten. Und das zu einer Zeit, wo durch den Weltkrieg der Nimbus des weißen Mannes längst geschwunden ist, wo nationale und soziale Aspirationen wirr durcheinanderlaufen, wo im chinesischen Reich die Mächte in die Defensive gedrängt sind, und überall die farbigen Völker sich gegen die weiße Herrschaft aufbäumen.

Durch das Gesetz von 1919 haben die Inder einen Anspruch darauf, innerhalb zehn Jahren eine Überprüfung der damals gegebenen Verfassung durchgeführt zu sehen. Ein Anspruch, der von ihnen natürlich nur in dem Sinne einer erweiterten Selbstregierung, im Sinne der den Dominions zugestandenen Freiheiten, ausgelegt wird. Eine solche Aufgabe, für Indien eine Form staatlichen und verfassungsmäßigen Lebens zu finden, konnte niemals Sache der Parteipolitik sein, daher hat das konservative Kabinett an der Spitze der engl. Kommission, die sich nach Indien begeben soll, um die Wirkung des gegenwärtigen Regierungssystems, den Stand des Erziehungswesens und die Entwicklung der repräsentativen Institutionen, in Britisch-Indien, zu untersuchen, und darüber Bericht zu erstatten, ob und in welchem Umfange es wünschenswert ist, die Grundsätze der verantwortlichen Selbstregierung auszudehnen, abzuändern oder zu beschränken, einen Mann von Fähigkeiten, den Liberalen Sir John Simon, gestellt, der mit indischen Dingen sehr vertraut ist. Ihm zur Seite steht hauptsächlich der Konservative, in Orientdingen ebenfalls erfahrene Lord Burnham, während die übrigen Mitglieder, drei Konservative und zwei Arbeiterparteiler, von keiner indischen Sachkenntnis getrübt sind. Aus der Formulierung der Aufgabe geht hervor, daß man sich in London alle Wege offengehalten hat. Die Kommission wird sich monatelang in Indien informieren können, sie hat Fühlung mit den schon bestehenden repräsentativen Körpern, mit Parteiführern usw., in Indien zu nehmen, sie wird dann der indischen wie der englischen Regierung ihre Vorschläge unterbreiten und das englische Parlament wird schließlich die Entscheidung über das fernere Schicksal Indiens in der Hand haben.

Ansätze zu der Fortentwicklung der englischen Verfassung sind genug vorhanden und die vergangenen zehn Jahre haben fast alle Stufen der Erfahrung mit sich gebracht, auf denen weitergebaut werden kann. Heute sehen die Verfassungsverhältnisse in Indien so aus: An der Spitze der indischen Regierung steht der Generalgouverneur mit dem Titel Vizekönig, der von England ernannt wird. Ihm zur Seite steht ein Ministerium von sieben Mitgliedern. Die politischen und auswärtigen Angelegenheiten werden vom Vizekönig allein geleitet. Die gesetzgebende Gewalt wird ausgeübt von dem Staatsrat und der Volksvertretung, mit der wesentlichen Einschränkung, daß der Vizekönig jederzeit ein absolutes Vetorecht gegen alle von den beiden Körpern beschlossenen Gesetze, und außerdem das Recht hat, von sich aus Gesetze zu erlassen. Damit ist natürlich die Aufgabe der beiden Vertretungen sehr beschränkt. Der Staatsrat besteht aus 60 Mitgliedern, wovon 20 ernannt und 40 gewählt sind. Die Gesetzgebende Versammlung umfaßt 144 Mitglieder, davon 39 ernannt und 105 nach einem beschränkten Wahlrecht auf drei Jahre gewählt. Diesen beiden Körpern wird das Budget vorgelegt. Ihre Rechte sind aber aufs äußerste eingeschränkt. Wie unentwickelt dieser Apparat ist, geht daraus hervor, daß von den 146 Millionen männlicher Bevölkerung nur 909 847 wahlberechtigt sind.

Vielleicht wichtiger als diese an der Zentralregierung beteiligten Körper sind die Selbstverwaltungskörper der Provinzen. Nach dem Gesetz von 1919 erhielten die neun größten und wichtigsten Provinzen eigene Parlamente. 5 345 870 Inder haben das Wahlrecht zu diesen Provinzialräten. Auch diese Parlamente haben nur eine beschränkte Machtbefugnis. Es gibt reservierte Angelegenheiten, die die britische Provinzialregierung selbst bearbeitet und entscheidet, und übertragene Angelegenheiten, mit denen sich die Parlamente befassen dürfen, dazu gehören hauptsächlich Besteuerung der Provinz, ländliche und städtische Verwaltung, staatliches Unterrichtswesen, Gesundheitswesen, untere Bauangelegenheiten. Jeder dieser Abteilungen steht ein der Versammlung verantwortlicher Minister vor. Nur ein Fünftel der Provinzialversammlung dürfen Engländer sein.

Alle wesentlichen Aufgaben des Staates sind, wie man sieht, sowohl in der Zentral- wie in der Provinzial-Verwaltung, den Engländern vorbehalten, und die wichtigsten Schritte werden ja außerdem in London durch den Minister für Indien im Gesamtkabinett entschieden.

Es ist kein Zweifel, daß die stärksten Hindernisse noch vorliegen, um den Indern etwa eine Verfassung zu geben, wie es Australien oder Kanada hat. Die Hauptmasse lebt in Unwissenheit, Armut, in religiöse Sekten und soziale Kasten zersplittert, ein Teil Indiens untersteht noch Hunderten von kleineren und größeren einheimischen Fürsten. Religiöse Kämpfe und Hungersnöte erschüttern immer wieder von Zeit zu Zeit das Land. Auf der anderen Seite ist mit der Zeit eine Schicht von Indern herangewachsen, die ihre Ausbildung auf einheimischen und englischen höheren Schulen und Universitäten erhalten hat und mit westlichen Freiheitsbegriffen in das Heimatland zurückgekehrt ist. Sie sind genau wie in China, die Träger der Freiheitsbewegung. Sie sahen mit eigenen Augen, auf welchen Grundlagen die britische Macht ruht und welch lächerlich kleine Anzahl von Engländern — rund 120 000 — die 319 Millionen Inder beherrscht, oder, wie ihre Gegner sagen, ausbeutet. Der Weltkrieg war auch für Indien der Erwecker der nationalen Leidenschaft. Ihre Truppen kämpften auf allen Kriegsschauplätzen. 100 000 Inder sind für England gefallen. Sie haben gesehen wie ihre weißen Beherrscher von den Deutschen unzähligemal geschlagen wurden. Sie sahen die Not Englands und stärkten ihre Industrie während der Kriegszeit. In dem Kriegskabinett zu London saßen zwei Vertreter Indiens, dieselben Vertreter nahmen im Namen Indiens an der Friedens-Konferenz zu Versailles teil, ein Hindu erscheint auf der großen Washingtoner Flotten- und Ostasien-Konferenz. Aus diesen Wurzeln entstanden die großen Bewegungen Ghandi das der noncooperation der Swaraj, und heute erlebt Indien das Schicksal des aufgewühlten Chinas wie das eigene mit. Noch sind die Gegen-

sätze zwischen Mohammedanern, der geistigen und sozial höheren Schicht, und der Hindus groß, und bei einiger Geschicklichkeit kann England aus dem divide et impera noch lange Nutzen ziehen, weil sich die Mohammedaner gegen eine demokratische Entwicklung sträuben, die sie in hilflose Unterlegenheit gegenüber den Hunderten von Millionen Hindus brächte. Es ist auch die Frage, ob sich dieses Indien überhaupt in eine große zentral-regierte Nation zusammenfassen läßt oder ob sich nicht in Teilreiche auseinander zu entwickeln beginnt. Aber das eine ist sicher: Mit England verbindet Indien nur die Erinnerung an eine zweihundertjährige Fremdherrschaft, an zahlreiche brutale Gewaltaten und an einen jährlichen Tribut, der zu den märchenhaften Vermögen der englischen Nabobs geführt hat. Das Experiment, das England vielleicht zu machen im Begriff ist, kann grandiös sein, sicher aber wird es seinen Einfluß auf alles, was um den indischen Ozean herum farbige Rasse ist, ausüben, sei es zum Guten, sei es zum Gefährlichen. mgk.

Das Riesenproblem der Verwaltungsreform

Von Reichsbahnoberinspektor Th. Klein.

Riesenproblem der Verwaltungsreform? Stimmt das? Es gibt doch Politiker von Ruf, die glauben, die Frage einer grundlegenden Reorganisation der öffentlichen Verwaltung möglichst im Zusammenhange mit der gegenwärtig schwebenden Besoldungsneuordnung behandeln und unter Dach und Fach bringen zu sollen. Demnach würde die Umstellung und Vereinfachung unseres heutigen Behördenorganismus ja gerade keine Aufgabe von gigantischen Ausmaßen sein.

Und doch: Soll die heute — und sicherlich nicht mit Unrecht — in aller Munde liegende Verwaltungsreform ihren wirklichen Zweck erfüllen, soll sie in der Tat eine Reform an Haupt und Gliedern werden, dann muß sie organisch aufgefaßt und durchgeführt werden. Das geht aber nicht ohne gründliche Vorbereitung und hinreichende Sachkenntnis, insbesondere auch nicht ohne vernünftige Erwägung aller Auswirkungen eines derartigen Reformprozesses, will man nicht von vornherein nur Talmiarbeit leisten und im Unfertigen stecken bleiben. Auch werden unsere typischen politischen Instanzen im Reich und Ländern sich nunmehr beschleunigt überlegen müssen, ob im Interesse eines aus nationalen Sparsamkeitsgründen bedingten und wirklich großzügigen Verwaltungs-Reformwerkes nicht alsbald auch an eine wesenliche Änderung unserer heutigen staatlichen Gliederung mit ihrem schwerfälligen und kostspieligen Behörden- und Parlamentsaufwand und, last not least, an eine fühlbare Vereinfachung unserer Gesetzgebung herangegangen werden soll.

Wie aber läßt sich, um das für heute vorwegzunehmen, die gebieterisch notwendige Wirtschaftlichkeit in der öffentlichen Verwaltung selbst erreichen? Hierbei muß zunächst die Bemerkung vorausgeschickt werden, daß das, was die allgemeine Volkswirtschaft unter wirtschaftlicher Arbeit versteht, für die Verwaltungstätigkeit nicht immer begriffsbestimmend sein kann, weil diese Aufgabengebiete umfaßt, die ihrer Natur nach nicht wirtschaftlich im national-ökonomischen Sinne sind, die aber von öffentlichen Körperschaften aus anderen, namentlich politischen Gründen und Zweckmäßigkeiten, bearbeitet werden müssen. Die Meisterschaft wird hier in der weisen Beschränkung auf den den wirtschaftlichen Verhältnissen der betreffenden öffentlichen Körperschaft, insbesondere ihrer finanziellen Leistungsfähigkeit, entsprechenden Aufgabenkreis, bestehen. Wird dieser Kreis von Aufgaben mit dem geringsten Aufwand an Unkosten bewältigt, dann kann von einer wirtschaftlichen Verwaltungsarbeit gesprochen werden.

Im Nachstehenden sollen nun einige Mittel und Wege gezeigt werden, die vielleicht in etwa geeignet sind, dem Ziel einer Verwaltungsreform im wesentlichen näher zu kommen.

Verwaltungsreformen lediglich mit dem Ziel, in der Art der Erledigung der einer öffentlichen Körperschaft obliegenden Aufgaben, Änderungen und Verbesserungen, einzuführen, werden vielfach keine brauchbaren Ergebnisse zeitigen. Derartige Reformarbeit würde letzlich nur auf eine Neuordnung der Verwaltung nach formalen Gesichtspunkten hinauslaufen. Jede Behörde, die heute an eine Reform ihrer Verwaltung herangeht, wird sich vielmehr zu fragen haben, ob materiell ihr heutiges Arbeitsfeld lebensnotwendig ist oder ob die Lösung ihrer Aufgaben im Hinblick auf des Reiches und Volkes Notlage nicht gänzlich unterbleiben oder aber auf günstigere Zeiten verschoben werden kann. Oder aber, ob die Behandlung dieser Arbeitsgebiete nicht anderen öffentlichen Organen oder überhaupt der Privatwirtschaft zuzuweisen sein wird.

Ist auf diese Weise der Aufgabenkreis einer öffentlichen Körperschaft in enger Begrenzung festgelegt, so wird es bei der Erledigung der Geschäfte auf die unbedingte Beobachtung der Zuständigkeitsgrenzen innerhalb der Verwaltungskörper ankommen. Das vielfach noch aus der Kriegszeit stammende Bestreben weitestgehender Zentralisierung aller Verwaltungstätigkeit, hat nachgerade die bedenkliche Folge gezeitigt, daß die übergeordneten Behörden mehr und mehr die Bearbeitung von Sachen an sich gezogen haben, für die die nachgeordneten Stellen eigentlich zuständig sind. So erledigt das Ministerium Arbeiten der Provinzialbehörden, diese machen Arbeiten der Ortsbehörden und letztere erledigen Geschäfte der Dienststellen. So bringt die Verwischung der Zuständigkeitsgrenzen nach oben die Überflutung mit einer Fülle von Sachen minderer Bedeutung mit sich, die an übergeordneter Stelle unwirtschaftlicherweise durch wertvollere Kräfte bearbeitet werden anstatt an untergeordneter Stelle durch minder wertvolles Personal. Noch bedenklicher aber sind die Folgen gegenüber den unteren Behörden, die auf eine gewisse Unsicherheit in der eigenen freien Entschließung und auf das wachsende Bestreben hinauslaufen, alle unangenehmen Sachen zweifelhafter Art der vorgesetzten Behörde zur Entscheidung vorzulegen. Solche Methoden von Verwaltungspraxis haben letzlich aber auch die Gewohnheit des Publikums zur Folge, minderwichtige Sachen, unter Umgehung der unteren Stellen, sogleich einer übergeordneten Behörde vorzulegen. Was Wunder, wenn auf diese Weise mit der Zeit in der öffentlichen Meinung eine Minderung des Ansehens der Mittel- und Ortsbehörden ein tritt, nicht zu reden von der unwirtschaftlichen Mehrbelastung der Behörden mit Schriftwechsel und Zuständigkeitsfragen, sowie von einer verlangsamten Arbeitsabwicklung zum Nachteil der öffentlichen Interessentenkreise.

Jede Verwaltungstätigkeit kann eben nur dann streng wirtschaftlich sein, wenn jedes Glied des Verwaltungskörpers die Arbeit ausführt, die ihm zukommt. Liegt somit der Aufgabenkreis an zuständiger Stelle fest, so wird für die zweckmäßige Verteilung der Arbeitslast innerhalb der Behörde zu sorgen sein. Das gilt nicht allein für die Arbeiten der Leiter, Referenten oder Dezernenten, sondern ebenfalls für die Büros. Besonders kommt es im Zusammenarbeiten zwischen technischen und Verwaltungsbeamten häufig vor, daß die Arbeitsgebiete nicht klar abgegrenzt sind und nicht festgelegt ist, ob der technische oder administrative Beamte eine Angelegenheit federführend bearbeitet. Auswüchse in dieser Beziehung führen mitunter zu einem Schriftwechsel der Beamten der gleichen Behörde untereinander über Zuständigkeitsfragen. Daß der Geschäftsgang innerhalb der Behörde hierbei erheblich erschwert und ihre wirtschaftliche Arbeit beeinträchtigt wird, leuchtet ohne weiteres ein.

Zu einer wirtschaftlichen Arbeit der Verwaltung ist aber nicht zuletzt auch erforderlich, daß der umgrenzte Kreis von Aufgaben von den zuständigen Stellen unter richtiger Verteilung der Arbeitslast mit einer möglichst vereinfachten Bürotechnik bewältigt wird. Es ist hier zwar nicht die Stelle, um in eingehender Darlegung die Möglichkeiten einer Vereinfachung in der technischen Abwicklung der Bürogeschäfte zu geben. Auch wird man hierbei, frei vom Schema, von den besonderen Bedürfnissen der einzelnen Behörden ausgehen müssen. Wie dem aber auch sei, der leitende Gesichtspunkt muß überall sein, mit den einfachsten Mitteln der Bürotechnik den gestellten Anforderungen gerecht zu werden.

Das gilt insbesondere auch für die kanzleimäßige Bearbeitung von Schriftstücken. Mit dem alten Zopf, jedes Schriftstück erst im Entwurf zu fertigen und die Reinschrift durch die Kanzlei herstellen zu lassen, muß im heutigen modernen Zeitalter gebrochen werden. Man wird, unter weitestgehender Benutzung von Schreibmaschinen, ähnlich dem kaufmännischen Betriebe, dazu übergehen müssen, namentlich Schriftstücke einfacher Art von den bearbeitenden Beamten gleich in Reinschrift fertigen und den Durchschlag zu den Akten legen zu lassen. Auch sollten die heutzutage an den Bürobeamten gestellten dienstlichen Anforderungen diesen befähigen, Bescheide minderwertiger Natur unmittelbar zu erteilen. Immerhin muß damit aufgeräumt werden, Entwürfe zu fertigen, die oft nur ganz geringfügige stilistische Änderungen erfahren. Es kommt im Verwaltungsbetriebe wirklich nicht so sehr darauf an, stilistische Meisterwerke zu schaffen, als schnelle Arbeit, sofern sie nur sachlich richtig ist, zu leisten.

Mögen die vorstehend nur skizzenhaft hingeworfenen Gedanken auch dem Laien zeigen, daß die Verwirklichung des Programms einer durchgreifenden Verwaltungsreform bei unseren öffentlich-rechtlichen Körperschaften, insbesondere dann, wenn sie unter gleichzeitiger Änderung der staatlichen Struktur erfolgen sollte, noch wirklich riesenhafte Leistungen der leitigten Stellen in Verwaltung und Politik erfordern wird. Denn man kann, um mit dem Abg. Dr. Bell zu sprechen, sehr schnell das heutige Präzisionswerk der öffentlichen Verwaltungen mit Kürassierstiefeln zertreten, ohne von heute auf morgen an seine Stelle etwas Besseres gesetzt zu haben.

Verzögerung der Regelung des polnisch-litauischen Konfliktes?

vdz **Genf**, 6. Dez. **(Tel.)** Vom Sonderberichterstatter des VDZ-Büros. Nach der heute abend im Anschluß an die Zusammenkunft der Vertreter der fünf ständigen Ratsmitglieder abgehaltenen Besprechung zwischen dem italienischen Ratsmitglied Scialoja und dem litauischen Ministerpräsidenten Woldemaras rechnet man auf italienischer Seite mit der Möglichkeit daß die Ratsverhandlungen zur Beilegung des polnisch-litauischen Konfliktes nicht so rasch zum Ende gebracht werden können, als noch vor 24 Stunden allgemein angenommen wurde. Von litauischer Seite wird erklärt, daß man im Grunde genommen noch am Anfang der Lösung des ganzen Problems stehe. Obwohl die Bereitschaft der litauischen Regierung zur Aufhebung des Kriegszustandes nicht angezweifelt wird, scheint Woldemaras dem von den Großmächten in Aussicht genommenen Verfahren nur unter bestimmten Bedingungen beizustimmen. Gleichzeitig werden unkontrollierbare Gerüchte in Umlauf gesetzt, daß Polen, dessen Ministerpräsident zum Freitag in Genf erwartet wird, auf einer sofortigen Wiederaufnahme der diplomatischen und konsularischen Beziehungen zwischen den beiden Ländern bestehen soll, während nach allem, was bisher bekannt wurde, Polen sich mit der Aufhebung des Kriegszustandes und mit der etappenweisen Herstellung normaler diplomatischer und wirtschaftlicher Beziehungen begnügen wollte. Falls sich diese Gerüchte bestätigen sollten, muß mit einer Verlängerung der gegenwärtigen Tagung des Völkerbundsrates bis in die nächste Woche hinein gerechnet werden.

Woldemaras verhandelt mit Briand und Stresemann.

tu **Genf**, 7. Dez. **(Tel.)** Der litauische Ministerpräsident Woldemaras suchte heute vormittag vor Beginn der Ratssitzung zuerst Briand und dann Dr. Stresemann auf.

Noch gestern abend ist den Ratsmächten eine vom 1. Dezember datierte litauische Note zugegangen, in der gegenüber dem polnischen Standpunkt betont wird, daß die friedliche Erhaltung der polnisch-litauischen Beziehungen durch den Völkerbundspakt wie durch den Vertrag von Suwalki garantiert seien.

In den Verhandlungen mit Woldemaras, die heute vormittag fortlaufend von Seiten der verschiedenen Delegationen stattgefunden haben, wird gegenwärtig der Gedanke der Entsendung einer Völkerbundskommission nach Litauen viel erörtert. Von litauischer Seite wird verlangt, daß für die Aufrechterhaltung der litauischen Sicherheit Garantien gegeben werden. Von französischer Seite scheint nunmehr der Plan auszugehen, nach Kowno und Warschau besondere Militärattachés zu entsenden, die dem Völkerbundsrat laufend über die militärische Lage an der polnisch-litauischen Grenze Bericht erstatten sollen.

Es besteht der Eindruck, daß jetzt auf litauischer Seite ein gewisses Entgegenkommen gezeigt wird, so daß bereits vielfach mit der Möglichkeit einer litauisch-polnischen Einigung in den nächsten Tagen gerechnet wird.

Vor einer französisch-italienisch-englischen Verständigung?

tu **Genf**, 7. Dez. Die Unterredung, die im Laufe des gestrigen Tages zwischen Briand und Scialoja stattgefunden hat, ist in allen Delegationskreisen mit großer Aufmerksamkeit verfolgt worden. Die Unterredung die im Anschluß an ein Frühstück bei Briand stattfand, dauerte fast drei Stunden. Beide Delegierten bewahren strengstes Stillschweigen über den Inhalt der Unterredung, jedoch dürfte die Unterredung ohne Zweifel in der Richtung der Anbahnung neuer Verhandlungen zwischen der französischen und italienischen Regierung liegen. Bereits seit Beginn der Ratstagung ist in gut informierter Kreisen ernsthaft mit der Möglichkeit einer Anbahnung neuer Verhandlungen zwischen Frankreich und Italien gerechnet worden, obwohl den Gerüchten über ein bevorstehendes Zusammentreffen zwischen Briand und Mussolinie vorläufig noch keine allzu weit gehende Bedeutung beigemessen wird. Man dürfte jedoch in der Annahme nicht fehlgehen, daß bei den jetzt eingeleiteten französisch-italienischen Verhandlungen auch englische Einfluß mitgespielt hat. Eine Verständigung zwischen Frankreich und Italien wird bereits seit geraumer Zeit in der englischen Presse als dringend notwendig gefordert.

Die Frage der Westerplatte.

w **Genf**, 6. Dez. Zur Frage der Souveränität der Freien Stadt Danzig über die Westerplatte erfährt man, daß der Bericht der juristischen Sachverständigen des englischen Kronjuristen Sir Cecil Hurst und des italienischen Reichskonsulen en Villoti, die seinerzeit als Rechtsberater dem Berichterstatter Villegas-Chile beigegeben worden waren, seit einiger Zeit fertig vorliegt und sich in einem der Danzig er These durchaus günstigem Sinne äußert. Der Wortlaut dieses Danzig günstigen Rechtsgutachtens ist noch nicht veröffentlicht. Man nimmt an, daß die Veröffentlichung des Gutachtens, das nach dem Septemberbeschluß des Völkerbundsrates dem endgültigen Bericht des chilenischen Ratsmitgliedes als Grundlage dienen soll, mindestens gleichzeitig erfolgt

Der Landesgewerberat über wichtige Handwerkerfragen.

h **Berlin**, 6. Dez. Das beim Preußischen Ministerium für Handel und Gewerbe bestehende Landesgewerbeamt, Abteilung für Handwerk und Genossenschaftswesen, beriet am 29. und 30. vorigen Monats im Ministerium über eine Reihe für das Handwerk wichtiger Fragen.

Besonders eingehend wurde die Lehrlingshaltung im Friseurgewerbe, im Schuhmachergewerbe und im Baugewerbe erörtert. Wie der Amtliche Preußische Pressedienst mitteilt, wurde nach Anhörung von Sachverständigen über die Lehrlingshaltung im Friseurgewerbe beschlossen, dem Handelsminister die Beibehaltung der bisherigen die Lehrlingshaltung einschränkenden Bestimmungen zu empfehlen. Eine Regelung der Lehrlingshaltung im Baugewerbe wurde wegen der Besonderheit der Verhältnisse dieses Saisongewerbes nicht für zweckmäßig gehalten. Die Lage im Schuhmacherhandwerk wurde übereinstimmend als besonders schwierig anerkannt. Es wurde deshalb empfohlen, die Handwerkskammern zu veranlassen, in ihren einzelnen Bezirken auf die Einschränkung der Lehrlingshaltung hinzuwirken.

Weitere Gegenstände der Beratung waren die Frage, ob das Firmen- und Reklameschilderherstellungsgewerbe und das Pneumatikreparaturgewerbe als selbständige Handwerke anerkannt werden können. Das Landesgewerbeamt kam zu der Auffassung, daß das Firmen- und Reklameschilderherstellergewerbe als ein selbständiges Handwerk anzusehen ist, daß dagegen beim Pneumatikreparaturgewerbe die Voraussetzungen für die Anerkennung als Handwerk nicht vorliegen. — Die Prüfung der Innungspflicht der Lohngewerbetreibenden in der Berliner Herrenkonfektion wurde einer besonderen aus Mitgliedern des Landesgewerbeamtes sich zusammensetzenden Kommission übertragen.

Die Splitterparteien.

‡ **Berlin**, 5. Dez. Bekanntlich haben verschiedene Länder zur Bekämpfung der Splitterparteien gewisse Maßnahmen getroffen, insbesondere die Zulassung der Vorschlagslisten für neuauftretende Parteien an eine größere Zahl von Unterschriften und an die Leistung einer Kaution geknüpft, die dem Staat verfällt, wenn auf die Liste kein Mandat entfällt. Diese Maßnahmen sind von der Volksrechtspartei, die besonders aus Kreisen der Aufwertungsgläubiger Zulauf erhält, zum Gegenstand eines Verfahrens nach Artikel 19 der Reichsverfassung vor dem Staatsgerichtshof des Reiches gemacht worden. Es wird behauptet, daß solche Maßnahmen mit dem verfassungsmäßig garantierten gleichen und geheimen Wahlrecht in Widerspruch stünden und eine Verletzung der Verfassung enthielten. Nunmehr ist für das Verfahren gegen die Länder Hessen, Hamburg und Mecklenburg-Strelitz auf den 17. Dezember Termin von dem Staatsgerichtshof anberaumt worden. Man sieht der Entscheidung des Gerichtes in den betreffenden Ländern mit lebhafter Spannung entgegen, da die Landtagswahlen dort schon nach den neuen Wahlgesetzen erfolgt sind und eine allerdings kaum wahrscheinliche Ungültigkeitserklärung dieser Gesetze von unabsehbaren Folgen sein würde.

Was ist konservativ und was ist liberal?

Man schreibt uns von parlamentarischer Seite:

Dr. Stresemann kommt das Verdienst zu, die Erklärung dafür gegeben zu haben. In seiner am 2. Dezember 1927 in Nürnberg gehaltenen Rede hat er nach dem Berichte des „Fränkischen Kurier" (Nr. 335 vom 4. Dezember 1927) u. a. nachstehende Ausführungen gemacht:

„Es wird gesagt, die neue Zeit kenne die alten Gegensätze liberal und konservativ nicht mehr. In dieser Beziehung möchte ich an die Auseinandersetzungen über das Schulgesetz erinnern, bei dem es sehr wohl liberale und konservative Anschauungen gibt. Auch in Bayern dürfte diese Verschiedenheit Geltung haben in bezug auf das Konkordat — wer ihm zustimmt ist konservativ, wer es ablehnt, liberal."

Ei, ei! Das ist ja sehr interessant, zu hören, und es ist noch interessanter, festzustellen, daß außer dem „Fränkischen Kurier" diese Äußerung nirgendwo anders in der volksparteilichen Presse bisher erschienen ist. Entweder ist dieser Bericht über die Ausführungen Stresemann falsch, dann muß das öffentlich gesagt werden, oder aber Stresemann hat wirklich das gesagt, dann müßten wir uns auf das Ernsteste mit ihm auseinandersetzen. Stresemann kann unmöglich wollen, daß er in eine zweideutige Situation kommt, wie das schon einmal gerade auffallenderweise in derselben Angelegenheit, nämlich der Konkordatsfrage der Fall war. Damals hat er im Reichstag einen nicht gerade erbebenden Rückzug antreten müssen. Wie aber will Stresemann die nötige Autorität bekommen in der Konkordatsfrage, die doch auch für das Reich einmal aktuell werden wird, die Verhandlungen positiv zu führen, wenn er jetzt schon diejenigen, die einem solchen Plan zustimmen, als konservativ, diejenigen, die ihn ablehnen, als liberal bezeichnet. Will Stresemann damit sagen, daß seine Partei ablehnt, also als liberal gelten will? Dann würde er ja selbst zugeben, daß etwa von ihm geführte Konkordatsverhandlungen garnicht ehrlich gemeint wären.

Wie man die Dinge also ansieht: Stresemann wird um eine Erklärung nicht herumkommen.

Die deutsch-spanischen Beziehungen und die Presse.

(Von unserem Korrespondenten.)

g **Madrid**, Anfang Dezember.

Eine der ersten Maßnahmen der spanischen Nationalversammlung war die Schaffung eines Presse- und Informationsbüros, dessen Aufgabe nicht nur die Information der ausländischen Berichterstatter ist, sondern dem außerdem noch das Studium der ausländischen Presse hinsichtlich der dort erscheinenden Berichte über Spanien obliegt. Während früher im alten Landtag überhaupt keine deutschsprachige Zeitung auflag und das Hauptaugenmerk der französischen und englischen Presse geschenkt wurde, wird heute auch die deutsche Presse eben von dieser neugeschaffenen Stelle aufmerksam verfolgt. So erfreulich das nun einerseits ist, so unangenehme Erscheinungen hat diese Neuerung andererseits gezeitigt. Die spanische Regierung hat auf Grund ihrer Beobachtungen die Berichte einer gewissen Berliner Presse und zwar gerade der im Ausland am weitest verbreiteten als tendenziös und gegen Spanien und die augenblickliche Regierung eingestellt bezeichnet. Aber nicht nur die Spanier, sondern auch die seit vielen Jahren hier ansässigen Deutschen ohne Unterschied ihrer parteipolitischen Einstellung, verwahren sich gegen eine derartige „Politik", die weiter nichts als die Weiterführung der Parteipolitik im Auslande darstellt, deren Auswirkung aber auf die deutsch-spanischen Beziehungen geradezu gefährlich ist. Es scheint zu genügen, daß ein Land ausgesprochen katholisch ist, um sich den Unwillen und die Mißgunst jener Berliner Blätter zuzuziehen, wenn nun gar noch in diesem Lande ein diktatorischer Ausnahmezustand herrscht, dann schlägt das dem Faß den Boden aus. Man gewinnt den Eindruck, daß direkte Anweisungen ergangen sind, kein gutes Haar an Spanien zu lassen, anders kann man diese Sucht, bei jeder Gelegenheit Spanien lächerlich zu machen, nicht erklären. Wie wenig man dabei vor den gröbsten Taktlosigkeiten und Ungeschicklichkeiten zurückschreckt, das zeigt am drastischsten ein Artikel, der unter dem Titel „Als der König über das Meer fuhr" vor kurzem in der „Vossischen Zeitung" erschienen ist, und dem bald ein anderer über den angeblichen Diebstahl des goldenen Vließes gefolgt ist. In dem auch vom „Berliner Tageblatt" beliebten zynischen und überlegenen Ton wird da über die spanische Marine, die spanische Industrie und die südamerikanischen Bestrebungen Spaniens gespottet in einer Art und Weise, die geradezu widerlich ist. Glaubt man vielleicht in jenen Redaktionen in Berlin, daß eine derartige Berichterstattung dazu beitragen wird, Deutschland und Spanien einander näher zu bringen oder daß dadurch öffentliche und private Stellen dazu angeregt werden, mehr Aufträge nach Deutschland zu vergeben? Hat man schon einmal darüber nachgedacht, wer die Folgen eines solchen Parteifanatismus zu tragen hat? Das alles scheint den Herrschaften in Berlin völlig gleichgültig zu sein. Ob unsere Beziehungen, seien sie kultureller oder wirtschaftlicher Art, hier getrübt werden, ob unsere geschäftlichen Verbindungen unter dieser „Politik" leiden, ob das deutsche Ansehen im allgemeinen dadurch einen Schlag versetzt bekommt, das spielt anscheinend überhaupt keine Rolle. Den einzigen Nutzen ziehen aus dieser Taktik die dem heutigem Regime feindlich gegenüber stehenden spanischen Kreise, die im allgemeinen mit den Gruppen identisch sind, die während des Krieges die eifrigsten Verfechter der Idee des Eintritts Spaniens in den Krieg auf Seiten der Alliierten waren, während eben die Masse, die damals deutsch- und neutralitätsfreundlich gesinnt war und uns auch nach dem Zusammenbruch im allgemeinen die Sympathien bewahrt hat, dadurch nur vor den Kopf gestoßen wird. Was in aller Welt haben wir uns in die spanische Innenpolitik einzumischen? Sind nicht im Gegenteil die Berichterstatter dazu da, mitzuhelfen an der Engergestaltung der Beziehungen zwischen ihrem und dem betreffenden Lande! Natürlich kann man einem linksstehenden Journalisten nicht zumuten, alles so zu sehen wie der rechtseingestellte. Aber wenn schon Kritik an der Innenpolitik eines fremden Landes geübt werden soll, dann sollte diese doch mit Rücksicht auf ihre Vorteile oder Nachteile für das betreffende Land und unter Berücksichtigung seiner besonderen Verhältnisse erfolgen und vor allem darf sie nie in Taktlosigkeiten ausarten, für die die oben angeführten Artikel Musterbeispiele sind. Jahrelange Arbeit der führenden Industriellen und Kaufleute, die sich mit vielen Mühen hier Vertrauen und Beziehungen erworben haben, die Anstrengungen auch der geschicktesten Diplomaten werden zur Unfruchtbarkeit verurteilt, wenn diese „Politik" nicht bald aufhört. Es wäre an der Zeit, daß das Auswärtige Amt seinen Einfluß bei jener Presse geltend macht, um die Fortdauer dieses Unfugs zu unterbinden.

Deutsches Reich

Der Kreuzer „Berlin" in Eckernförde.

w **Berlin**, 7. Dez. **(Tel.)** Nach einer Mitteilung an die Blätter hat der Kommandant des Kreuzers „Berlin" vor Eckernförde den Prinzen Heinrich zu einem Frühstück an Bord eingeladen. Ob der Prinz bei dieser Gelegenheit eine Ansprache gehalten hat, wie behauptet worden ist, ist nicht bekannt.

Ein Staatsvertrag zwischen Sachsen und Thüringen.

w **Dresden**, 7. Dez. **(Tel.)** Die Staatskanzlei teilt amtlich mit: In Sachen der sächsisch-thüringischen Grenzausgleichsverhandlungen ist heute hier durch die von den Regierungen beider Länder bestellten Kommissare der Staatsvertrag unterzeichnet worden, durch den ein Gebietsaustausch zwischen Sachsen und Thüringen herbeigeführt wird. Ziel dieses Gebietsaustausches ist die Behebung der Verwaltungsschwierigkeiten, die sich durch die Doppelseitigkeit mehrerer Ortschaften an der Grenze für beide Länder ergeben haben. Der Vertrag wird noch heute dem Landtag zugehen.

Studentenausschreitungen in Großwardein.

‡ **Belgrad**, 7. Dez. **(Tel.)** Nach Meldungen aus Großwardein ist es dort anläßlich eines Kongresses nationalistischer Studenten zu blutigen Ausschreitungen gegen Juden und Ungarn gekommen. Das ungarische Korrespondenzbüro meldet aus Gyula: Von der rumänischen Grenze kommenden Nachrichten zufolge versammelten sich aus verschiedenen Teilen Siebenbürgens sowie aus dem Gebiete des rumänischen Königreiches, besonders aus Jassy und Bukarest, mehrere tausend Studenten in Großwardein. Sonntag abend kam es zu Kundgebungen, die Montag früh in blutige Ausschreitungen ausarteten. Die Demonstrationen richteten sich zunächst gegen die Juden, nahmen jedoch später einen antimagyarischen Charakter an. Die Redaktion und die Druckerei der ungarischen Zeitungen Magyarad und Esti Hirlap sowie die ganze Einrichtung des katholischen Vereins, die Wohnung des Oberrabbiner Leopold und die Einrichtung des Lyceums wurden zerstört. Die Polizei erwies sich als ohnmächtig. Das Militär und die Gendarmerie gingen jedoch mit der größten Energie an die Wiederherstellung der Ordnung. Von den Unruhen benachrichtigt, traf General Mosciu in Großwardein ein und traf persönlich Verfügungen zur Aufrechterhaltung der Ordnung. Ein ungarischer Schauspieler dessen Name bisher unbekannt geblieben ist, wurde während der Unruhen auf der Straße erstochen. Auch der Besitzer des Großwardeiner Parkhotels wurde lebensgefährlich verletzt. Seit gestern mittag sind in Großwardein die Straßen wie ausgestorben. Die Straßenbahn verkehrt nicht und sämtliche Geschäfte sind geschlossen. Auf den Straßen patrouillieren starke militärische und Gendarmerie-Abteilungen. Auch aus Arad werden Kundgebungen berichtet, bei denen mehrere Personen mißhandelt wurden. Das Eingreifen der Polizei machte hier den Kundgebungen bald ein Ende, worauf die demonstrierenden Studenten nach Großwardein abgereist sind und sich den übrigen Demonstranten angeschlossen haben.

Zu den Studentenunruhen in Großwardein wird weiter von der rumänischen Grenze noch berichtet, daß das erste Todesopfer der Ausschreitungen ein Jude namens Sonnefeld war, von dem die auf dem Kongreß teilnehmenden Studenten angenommen haben, daß er ihre Beratungen ausspionieren wolle. Sonnenfeld wurde erstochen und starb bald darauf. Nach dem Kongreß zogen die Studenten auf die Straßen, wo sie unter larmenden Kundgebungen mehrere Schaufenster zerschlugen und das Parkhotel angriffen. Der Besitzer des Hotels, der in dem Tumult schwere Stichwunden erlitt, ist seinen Verletzungen erlegen. Auch ein Metzgergehilfe, der die Rolladen herunterziehen wollte, erhielt gleichfalls mehrere Stichwunden. Ein Teil der Studentenschaft kehrte nach Bukarest zurück.

Der kommunistische Parteitag in Moskau.

Moskau, 6. Dez. Den Bericht des Zentralkomitees auf dem 15. Parteitage begann Stalin mit dem Hinweis auf die „wachsende Krise des Weltkapitalismus", die aus dem Problem der Neuaufteilung des Weltmarktes und der Rohstoffquellen entstehe und die Gefahr neuer Kriege in sich berge. Die Gesamttätigkeit des Völkerbundes auf dem Gebiete der Abrüstung beweise, daß der Völkerbund ein Instrument zur Bemäntelung neuer Rüstungen und Vorbereitungen für neue Kriege sei. Es genüge, an den gegenwärtigen friedlichen Beziehungen irgendwo, in Albanien oder Litauen, China oder Nordamerika, zu rütteln, damit, wie 1914, das ganze „Friedensgebäude" einstürze, Stalin fuhr fort: Wir leben am Vorabend eines neuen revolutionären Aufstiegs in den Kolonien und den Mutterländern. Schon die Existenz der Sowjetunion unterhöhlt die Stabilität des Imperialismus. Obwohl die Versuche Englands, eine einheitliche Anti-Sowjetfront zu bilden, bisher infolge der Gegensätze der Interessen der Imperialisten und infolge des Widerstandes der Arbeiterklassen in Europa mißlungen sind, hat England diese Versuche nicht aufgegeben. Unsere Aufgabe besteht darin, den Krieg hinauszuzögern und alle Maßnahmen zur Aufrechterhaltung friedlicher Beziehungen zu treffen. Unsere Taktik rechtfertigt vollkommen die Grundlage unserer Beziehungen zu kapitalistischen Ländern, die in der Zulassung eines Nebeneinanderbestehens zweier entgegengesetzter Systeme gipfelt. Unsere Politik in der Schulden- und Kreditfrage beruht auf der Formel: Gibst du, so gebe ich. Die Aufgaben auf dem Gebiete der Außenpolitik sind: Kampf gegen die Vorbereitung neuer imperialistischer Kriege und gegen die Interventions-Tendenzen Englands, Verstärkung der Wehrfähigkeit der Sowjetunion, Politik des Friedens und der Aufrechterhaltung friedlicher Beziehungen zu kapitalistischen Ländern, Ausbau des Außenhandels auf Grund der Festigung seines Monopols, Annäherung an die sogenannten nicht vollberechtigten Staaten.

Rakowski und Kamenew ergriffen im Namen der Opposition das Wort. Rakowski schwur, die Opposition werde der Diktatur des Proletariats und der Partei Lenins treu bleiben. Dennoch müsse die Opposition das kritisieren, was an der Politik des Zentralkomitees falsch sei. Stalins Außenpolitik sei fehlerhaft gewesen. Er dürfe nicht vergessen, daß das bürgerliche Europa die schwachen Stellen der Stalinschen Politik genau kenne.

In der weiteren Debatte billigten alle Delegierten die Politik des Zentralkomitees in den letzten zwei Jahren und sprachen sich scharf gegen die Opposition aus. Tomski erklärte daß die Versuche der Opposition, sich das Recht der Propagierung ihrer Anschauungen in der Partei zu verschaffen, keinen Erfolg haben könnten. Der Trotzkismus sei mit dem Leninismus unvereinbar. Die Oppositionellen müßten jetzt die Wahl treffen, sie müßten entweder ihre antileninistischen Anschauungen an der Schwelle der Partei ehrlich zurücklassen, oder die Türen der Partei würden für die Opposition geschlossen werden. Der Oppositionelle Wrralow erklärte, die Politik der Partei auf dem flachen Lande sei irrtümlich gewesen, und kritisierte sodann die innerparteiliche Politik des Zentralkomitees. Seine Rede wurde wiederholt von lauten Entrüstungsrufen des Parteitages unterbrochen.

Aus aller Welt.

Verurteilung eines deutschen Redakteurs.

w **Kattowitz**, 7. Dez. **(Tel.)** Anläßlich der Kommunalwahlen in Rybnik hatte die Kattowitzer Zeitung einen Artikel „Das Echo der Rybniker Vorgänge" gebracht, in dem zu den in Rybnik vorgekommenen Gewalttätigkeiten gegen Deutsche Stellung genommen wurde. Das Kattowitzer Reichsgericht verurteilte heute den verantwortlichen Redakteur der Kattowitzer Zeitung, Hoffmann, zu dreihundert Zloty Geldstrafe obwohl er den Wahrheitsbeweis erbracht hat.

Keine Fälschungen deutscher Papiere in Paris.

w **Paris**, 6. Dez. **(Tel.)** Die Agentur Havas verbreitet eine offenbar vom Untersuchungsrichter ausgehende Erklärung, wonach die durch das Journal verbreiteten Nachrichten von einer neuen Fälschungsangelegenheit, bei der diesmal deutsche Papiere eine Rolle spielen sollen, nicht den Tatsachen entsprechen. Es könne keine Rede davon sein, eine Untersuchung über einen mit deutschen Aufwertungspapieren versuchten Betrug einzuleiten.

Macdonald zum Parteivorsitzenden wiedergewählt.

⊕ **London**, 6. Dez. Die Unterhausfraktion der Arbeiterpartei wählte heute Macdonald einstimmig zum Vorsitzenden wieder. Clynes bleibt stellvertretender Parteivorsitzender.

Keine neue Kandidatur Coolidges.

w **Washington** 6. Dez. In einer Rede an den Vorstand der republikanischen Partei sagte Präsident Coolidge, seine Erklärung vom 2. August, daß er nicht für die Präsidentschaft im nächsten Jahre zu kandidieren wünsche, bestehe noch weiter. Niemand sollte sich zu der Annahme verleiten lassen, daß er seinen Entschluß geändert hätte.